P r o t o k o l l

über die 545. Gemeinderatssitzung der Stadtgemeinde Hainburg/D.
vom 17. Juni 2021

Anwesend: Bgm. Helmut Schmid (ÖVP) als Vorsitzender
Vzbgm. Silvia Zeisel (ÖVP)
die Stadträte Thomas Faulhuber, Michaela Gansterer-Zaminer, Gerhard Gumprecht,
Markus Madle (alle ÖVP); Thomas Graf, Thomas Häringer (beide SPÖ);
die Gemeinderäte Gernot Gruber, Johannes Gumprecht,
Bianca Hornek, Jakob Horvath, Dieter Kaltenbrunner, Wilhelm Kohlberger,
Kerstin Korac, Rastislav Pavlik, Alexander Wald (alle ÖVP);
Wilhelm Beck, Gerhard Gruber, Maria Lampl, Alexandra Palenik,
Lucia Pechova, Astrid Reiterer (alle SPÖ);
Helmut Harringer, Sabrina Windisch (beide FPÖ)

Entschuldigt: GR Maria Gumprecht, Veronika Pavlovic, Thomas Schwartz (alle ÖVP),
GR Roman Chovanec (SPÖ)

Unentschuldigt: Niemand

Schriftführer: StaDir. Ewald Bergmann

Ort der Sitzung: Turnsaal der Mittelschule

Die Einladung zu dieser Sitzung erfolgte mittels Kurrende vom 09.06.2021

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.10 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor dem Eingehen in die Tagesordnung wird vom Vorsitzenden mitgeteilt, dass nachstehende TOP abgesetzt werden:

TOP I/13 „Bericht des Prüfungsausschusses“

TOP I/14 „Anfragen an den Bürgermeister“ (keine eingelangt)

Der Vorsitzende geht somit auf folgende

T a g e s o r d n u n g

ein:

TAGESORDNUNG

- I. Beschlüsse in öffentlicher Sitzung
 - 1) Bericht des Bürgermeisters
 - 2) Bericht des Protokollprüfungskomitees (GR Helmut Harringer)
 - 3) Änderung des örtl. Raumordnungsprogrammes
 - 4) Änderung des Bebauungsplanes

- 5) Änderung der Durchführungsverordnung zur Marktordnung
- 6) Befristeter Mietvertrag für das Gästeinformationsbüro
- 7) Vereinbarung mit dem Turnverein Hainburg 1883
- 8) Darlehensoptimierung mit der Kommunal-BeratungsgmbH
- 9) Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlagen am Bauhof, Kindergarten Burgenlandstraße und Musikschule Hainburg
- 10) Unterhaltsreinigung in der Volksschule, im Kindercampus und in den Kindergärten
- 11) Neufestsetzung des Teegeldbeitrages für die Landeskinderergärten und den Gemeindehort sowie des Betreuungsbeitrages für den Notbetrieb während der Herbstferien und an schulautonomen Tagen im Gemeindehort
- 12) Verleihung einer Goldenen Ehrennadel
- 13) Abgesetzt
- 14) Abgesetzt

I. Beschlüsse (in öffentlicher Sitzung)

1. Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet, dass

- von der Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner in der Sitzung der NÖ Landesregierung Bedarfszuweisungsmittel für die Stadtgemeinde Hainburg a.d. Donau in der Höhe von € 512.182,00 eingebracht wurden

2. Bericht des Protokollprüfungskomitees

GR Helmut Harringer berichtet namens des Protokollprüfungskomitees, dass das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 31.03.2021 überprüft, als richtig abgefasst befunden und unterzeichnet worden ist. Das Sitzungsprotokoll gilt daher als genehmigt.

3. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes

Im Rahmen der Revitalisierung der westlich an den ehemaligen Fußballkäfing angrenzenden Wasserkaserne soll die Fläche nun als private Verkehrsfläche gewidmet werden. In der Wasserkaserne ist die Unterbringung eines Kindergartens und einer Jugendherberge geplant. Für diese Nutzung sollen Stellplätze auf der privaten Verkehrsfläche geschaffen werden.

Durch die geplante Umwidmung sollen die Ziele des örtlichen Entwicklungskonzeptes verfolgt und somit die Angebote für den Fremdenverkehr und den sanften Tourismus erweitert, das Angebot im Bereich der Gastronomie und Hotellerie gestärkt und die Bildungs- und Erziehungseinrichtungen ausgebaut werden.

Für beide Vorhaben liegt ein Verkehrskonzept der Firma DI Franz Paikl vom 22. Jänner 2020 vor.

Die Pflichtstellplätze für die Jugendherberge betragen 10 Stellplätze und für den Kindergarten 3 Stellplätze gemäß NÖ Bauordnung 2014.

Durch die neu geschaffene Sportanlage (Funcourt) im Bereich des Freibades ist nicht mit einem dauerhaften Verlust an Sport- und Freiflächen zu rechnen und steht daher nicht in Widerspruch mit Zielen des ÖEK bzw. der ÖROP Verordnung 2012.

Änderungspunkt 4: Anpassung der Widmungsgrenze zwischen BW und Vö

Auf der Parzelle 1250 ist eine Abtretung eines 1,5 m breiten Streifens von Bauland – Wohngebiet (BW) an das öffentliche Gut bereits abgeschlossen, für die Parzelle 1251 liegt ein gleichlautender rechtskräftiger Abtretungsbescheid vor.

Im Zuge der gegenständlichen Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes beabsichtigt die Gemeinde, eine kleinräumige Widmungsanpassung durchzuführen. Im Rahmen der Umwidmung wird die Widmungsgrenze um 1,5 m in Richtung Süden verschoben.

Es handelt sich um eine Ausdehnung von Vö anstelle von BW im Bereich der Parz. 1250 und 1251 um eine Übertragung einer bereits erfolgten Abtretung in den Flächenwidmungsplan.

Änderungspunkt 5: Anpassung der Widmungsgrenze zwischen BW und Vö

Die Parzelle Nr.552/44 ist mit einem Einfamilienhaus bebaut, wobei das Hauptgebäude von der Straßenfluchtlinie bis zu ca. 12 m abgerückt und die Garage im Süden der Parzelle bis an die vordere Baufluchtlinie gem. DKM heranreicht. Im ggst. Areal verlaufen die Straßenfluchtlinien gegenwärtig entlang der Grundstücksgrenze gem. DKM (2019) bzw. entlang der Widmungsgrenze. Gemäß Teilungsplan vom Zivilgeometer DI Frosch wurden die Grundstücksgrenzen kleinräumig gegenüber dem DKM Stand 2019 geändert und die Parz. Nr.552/44 um 27,98 m² erweitert.

Änderungspunkt 6: Anpassung der Widmungsgrenze zwischen BW und Vö

Im Zuge der gegenständlichen Änderung soll nun die Straßenfluchtlinie der Grundstücke Nr.156/18, 156/19 und 156/20 an die geänderten Grundstücks- bzw. Widmungsgrenzen angepasst werden. Die Anbaupflicht an der südlichen und westlichen Straßenfluchtlinie (Owesnystraße und Bahnstraße) wird beibehalten. Die BW-Widmung wird geringfügig erweitert. Die gegenständliche Anpassung der Widmungsgrenzen induziert keine Nutzungsänderung.

Änderungspunkt 7: Widmung von Vö-Parkplatz anstatt Glf

Das Grundstück 531 ist zum einen als Grünland-Land-und Forstwirtschaft und zum anderen als Grünland Parkanlage gewidmet. Im Zuge der ggst.Änderung soll nun ein 3.552 m² großer Teil als Glf-Widmung als öffentliche Verkehrsfläche-Parkplatz festgelegt werden.

Das Areal wird bereits seit Jahrzehnten bei Sport- und Kulturveranstaltungen zum Parken genutzt. Auch in Zukunft sollen die Stellplätze sowohl Veranstaltungen am Sportplatz als auch ggf. am Schlossberg dienen. Die Umwidmung soll außerdem eine Entlastung der Anrainer in den umliegenden Straßenzügen mit sich bringen, da das veranstaltungsbedingte Parken in den engen Straßen rund um den Sportplatz verringert bzw. vermieden werden kann. Die Widmungsfläche wird differenziert genutzt und gestaltet, auf der rund 3.500 m² großen Fläche sind 60 Stellplätze vorgesehen. Die Zufahrt soll asphaltiert (ca. 850 m²) werden, die Stellplätze selbst werden mit sickerfähigem Material (Gräder, ca. 750 m²) ausgeführt. Des Weiteren ist die Fläche mit einer begrünten Humussickermulde (ca. 950 m²) umgeben, um die allfallenden Oberflächenwässer gezielt zu versickern. Die restliche Widmungsfläche dient der Grünflächengestaltung bzw. als mögliche Pufferfläche für allfällig erforderliche Adaptierung im weiteren Planungsprozess.

Hinsichtlich der naturräumlich sensiblen Lage am Fuße des Schlossbergs, der eine artenreiche und geschützte Trockenvegetation aufweist, wird darauf hingewiesen, dass die gesamte Widmungsfläche außerhalb des Natura 2000 Gebietes zu liegen kommt.

In einer naturschutzfachlichen Stellungnahme des Büro LACON wurde der Lebensraum des ggst. Änderungspunktes naturschutzfachlich begutachtet und die Auswirkungen der Umwidmung auf das Europaschutzgebiet beurteilt. Zusammengefasst lassen die durchgeführten artenschutzrechtlichen Untersuchungen (Flora und Fauna) keine negativen Auswirkungen erkennen.

(siehe Beilage Fa. Lacon und ZT DI Paikl)

Änderungspunkt 8: Widmung von Vö auf Vp

Die gegenständliche Fläche liegt entlang des Mathias Tatzmannplatz.

Die beschriebene Fläche im Ausmaß von 169 m² liegt auf einem als öffentliche Verkehrsfläche (Vö) gewidmeten Grünstreifen innerhalb eines als BW-2WE genutzten Bereiches und soll laut angeführten Teilungsplan des Ingenieurkonsulent für Vermessungswesen DI Gernot Taubenschuß, GZ. 5714-A, in das Grundstück Nr.584/70 eingebunden werden.

Laut Gemeinderatsbeschluss vom 17.12.2020 wurde die betreffende Teilfläche dem öffentlichen Gut entzogen, weshalb die Widmung als Vö obsolet ist. Die gegenständliche Fläche wird der angrenzenden, mit einem Einfamilienhaus bebauten Grundstück Nr.584/70 hinzugefügt, wobei die bestehende BW Widmung der Grundstücksfläche dabei nicht vergrößert wird.

Mit dem Eigentümer- und Widmungswechsel ist für die Gemeinde eine Reduzierung des Pflege- und Erhaltungsaufwands verbunden.

Änderungspunkt 9: Anpassung der Widmungsgrenze zwischen Glf, BW und Vö

Die Parzelle 1759 ist großteils als öffentliche Verkehrsfläche gewidmet und erschließt die ehemalige Aufschließungszone BW-A1 (ehem. Huber Gründe).

Aufbauend auf einer Neuparzellierung wurden die Aufschließungszone BW-A1 zur Bebauung freigegeben. Im Zuge der Neuerschließung der ehemaligen Aufschließungszone soll auch der nördliche gelegene Weingartenweg erweitert werden.

Im Rahmen der Umwidmung wird die Widmungsgrenze um durchschnittlich etwa 2-3 m, maximal jedoch um 4 m in Richtung Südosten verschoben.

Durch die Festlegungen sind keine Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild erkennbar, vielmehr sollen die Festlegungen eine dem Geländeverlauf folgende Straßenführung und eine harmonische Weiterentwicklung bestehender Siedlungsstrukturen ermöglichen.

Gemäß NÖ Raumordnungsgesetz 2014 wird der Entwurf des Flächenwidmungsplanes im Gemeindeamt durch sechs Wochen, vom 7. April 2021 bis 19. Mai 2021, hindurch zur allgemeinen Einsicht aufgelegt. Während der Auflagefrist sind keine schriftlichen Stellungnahmen zum Entwurf des Flächenwidmungsplanes eingegangen.

Mittels Schreiben der Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht (RU1, Amt der NÖ Landesregierung) vom 18.05.2021 (RU1-R-223/043-2020), wurde die Mitteilung der Landesregierung gemäß § 24 (5) NÖ ROG 2014 (Gutachten der Amtssachverständigen für Raumordnung, RU7-O-223/104-2020 v. 18.05.2021) übermittelt. Dabei wurden aus raumordnungsfachlicher Sicht grundsätzlich keine Versagungsgründe erkannt, die Ergänzung der Angaben zu Parkplatzbedarf und Verkehrssicherheit wurde jedoch im Falle beider u. a.

Änderungspunkte als erforderlich erachtet. Ebenso erforderlich ist die Ergänzung des Verweises auf die Konsultation des Bundesdenkmalamtes im Falle des Änderungspunktes 2 sowie der Erläuterung der Erforderlichkeit des Standortes innerhalb des erhaltenswerten Landschaftsteils bezüglich des Änderungspunktes 7.

Mittels Schreiben der Abteilung RU1 vom 05.05.2021 (RU1-R-223/043-2020) wurde weiters ein Gutachten des Amtssachverständigen für Naturschutz (Abt. Allgemeiner Baudienst, BD1-N-8223/023-2020) übermittelt, in dem darauf hingewiesen wird, dass im Falle des Änderungspunktes 7 ergänzende naturschutzfachliche Erhebungen erforderlich wären und vorerst kein abschließendes Gutachten abgegeben werden kann.

Bei der Beschlussfassung der ÖROP-Änderung durch den Gemeinderat sind nachfolgende Anmerkungen zu berücksichtigen:

Ad Änderungspunkt 2, Widmung von privater Verkehrsfläche mit der Zusatzbezeichnung Parkplatz (Vp-Parkplatz) anstatt Grünland Sportstätte (Gspo) im Bereich der Wasserkaserne, Grundstücksnummer 195

Ergänzende Unterlagen gem. o. a. Gutachten, RU7-O-223/104-2020, Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten (Abt. RU7):

Laut o. a. raumordnungsfachlichen Gutachten ist zur Nachvollziehbarkeit der Abgrenzung der Widmungsfläche der Bedarf an Parkplätzen abzuschätzen sowie die Verkehrssicherheit darzulegen. Ebenso ist die Konsultation des Bundesdenkmalamtes, die im Rahmen des ggst. Änderungsverfahrens erfolgte, zu belegen.

Stellungnahme Ortsplaner:

Bezüglich des Parkplatzbedarfs und der Verkehrssicherheit liegt eine Stellungnahme durch Dipl.-Ing. Franz Paikl (GZ: 1038-06/17, 25.01.2021) zum Verkehrstechnischen Gutachten von DI Wolfgang Zenker (BLW2-BA-19106/001, 24.11.2020) vor. Gemäß genannter Stellungnahme wurde die Anzahl der Stellplätze entsprechend der RVS 03.07.10, Punkt 6 berechnet. Dabei ergibt sich ein Richtwert von 25 Stellplätzen für Kindergarten und Jugendherberge gemeinsam, wobei zusätzlich 10 weitere öffentliche Stellplätze errichtet werden, die durch den Umbau im Bereich der geplanten Bus Ein- und Ausstiegsstelle an der Donaulände entfallen. Die öffentlichen Stellplätze befinden sich direkt nach der Einfahrt von der Oppitzgasse, die privaten Stellplätze schließen nördlich davon an, wobei jener Bereich entsprechend durch Bodenmarkierung und Schilder als Privatparkplatz gekennzeichnet wird.

Die Verkehrssicherheit im Ausfahrtsbereich des Parkplatzes wird durch die Montage eines Verkehrsspiegels am südlichen Seitenstreifen gewährleistet, somit können die erforderlichen Sichtweiten eingehalten werden. Der Lichtraum von 30cm zum Fahrbahnrand der Oppitzgasse wird laut Stellungnahme jedenfalls eingehalten.

Da die Wasserkaserne unter Denkmalschutz steht, war das Bundesdenkmalamt in den Prozess der Einreichung des Umbaus involviert. Laut Bescheid des BDA vom 12.11.2020 (GZ: 2020-0.297.993) wird der Umbau der Wasserkaserne gemäß den eingereichten Pläne von Architekt DI Reinhardt Gallister (WK_04_Kl.G01, WK_04_Kl.G02, WK_04_Kl.G03, WK_04_Kl.S01, 25.09.2019) bewilligt. Diese Pläne umfassen unter anderem auch den geplanten Parkplatz, für den seitens des Bundesdenkmalamts kein Versagungsgrund festgestellt wurde.

Ad Änderungspunkt 7, Widmung von öffentlicher Verkehrsfläche mit der Zusatzbezeichnung Parkplatz (Vö-Parkplatz) anstatt Grünland Land- und Forstwirtschaft (Glf) am Fuße des Schlossberg, gegenüber dem Sportplatz, Grundstücksnummer 531

Ergänzende Unterlagen gem. o. a. Gutachten, RU7-O-223/104-2020, Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten (Abt. RU7):

Laut o. a. raumordnungsfachlichen Gutachten ist zur Nachvollziehbarkeit der Abgrenzung der Widmungsfläche der Bedarf an Parkplätzen abzuschätzen sowie die Verkehrssicherheit darzulegen. Ebenso ist die Erforderlichkeit dieses Standortes innerhalb des erhaltenswerten Landschaftsteils darzulegen. Um Haftungsfragen für die Stadtgemeinde zu vermeiden, wird außerdem eine Abklärung hinsichtlich der ausgewiesenen Sturz- und Rutschprozesse im Nahbereich empfohlen.

Stellungnahme Ortsplaner:

Die Widmungsfläche wird differenziert genutzt und gestaltet, auf der rund 3.500 m² großen Fläche sind 60 Stellplätze vorgesehen. Die Zufahrt soll asphaltiert (ca. 850 m²) werden, die Stellplätze selbst werden mit sickerfähigem Material (Gräber, ca. 750 m²) ausgeführt. Des Weiteren ist die Fläche mit einer begrünten Humussickermulde (ca. 950 m²) umgeben, um die allfallenden Oberflächenwässer gezielt zu versickern. Die restliche Widmungsfläche dient der Grünflächengestaltung bzw. als mögliche Pufferfläche für allfällig erforderliche Adaptierung im weiteren Planungsprozess.

Betreffend die Lage innerhalb des erhaltenswerten Landschaftsteils kann auf die ausführliche Prüfung von Standortalternativen bezüglich des Sportplatzes und der dazugehörigen Infrastruktur verwiesen werden. Im Rahmen der über mehrere Jahre andauernden Standortalternativenprüfung wurde entschieden, den aktuellen Standort des Sportplatzes in innerörtlicher Lage beizubehalten und die bestehende Anlage zu modernisieren, um so keine Flächen in der offenen Kulturlandschaft in Anspruch nehmen zu müssen. Die Lage des Parkplatzes ist sowohl auf Grund der erforderlichen räumlichen Nähe zum Sportplatz als auch der umliegenden sonstigen Widmungs- und Nutzungsstrukturen alternativlos.

Ergänzende Unterlagen gem. o. a. Gutachten, RU1-R-223/043-2020, Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht (Abt. RU1):

Gemäß Aussagen des Sachverständigen handelt es sich bei geplantem öffentlichen Parkplatz um einen hinsichtlich des Artenschutzes relevanten Standort. Da in der bisherigen Untersuchung Frühjahrsaspekte nicht erfasst wurden, sind weitere Untersuchungen Ende Mai, Anfang Juni unbedingt erforderlich.

Stellungnahme Ortsplaner:

Entsprechend der Forderung wurde ein weiteres Naturschutzfachliches Gutachten unter Berücksichtigung der Frühjahrsaspekte eingeholt. Die durch das Büro LACON durchgeführten Untersuchungen ergaben, dass durch die geplante Widmung und die Errichtung des Parkplatzes keine negativen Auswirkungen auf die Schutzziele und Schutzobjekte des Natura2000-Gebietes sowie auf die Funktionsfähigkeit des Landschaftshaushaltes und auf relevante Artvorkommen gegeben sind.

Weitere Vorgehensweise

Der Beschluss der ÖROP-Änderung kann unter Berücksichtigung der o. a. Ergänzungen ohne weitere inhaltliche Änderungen im Vergleich zu den Auflageunterlagen empfohlen werden. Die vorangegangenen aufgelisteten ergänzenden Gutachten und Stellungnahmen werden den Beschlussunterlagen beigelegt.

Die beiliegende Verordnung bildet einen wesentlichen Bestandteil des Sitzungsprotokolls.

Antrag des Stadtrates:

Der Gemeinderat möge den geänderten Flächenwidmungsplan mit der Pl.Nr.R-0602/18E vom 25. März 2021 mit den Änderungspunkten 2, 4-9 in der vorliegenden Art samt beiliegender Verordnung beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

4. Änderung des Bebauungsplanes

Die Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau beabsichtigt den Bebauungsplan Hainburg a.d.Donau abzuändern:

Änderungspunkt 3: Änderung der Straßenfluchtlinie auf den Grdst.Nr.1250 und 1251 Festlegung der Anbaupflicht auf Grdst.Nr.1251

Auf der Parzelle 1250 ist eine Abtretung eines 1,5 m breiten Streifens von Bauland – Wohngebiet (BW) an das öffentliche Gut bereits abgeschlossen, für die Parzelle 1251 liegt ein gleichlautender rechtskräftiger Abtretungsbescheid vor.

Die Stadtgemeinde Hainburg beabsichtigt den rechtskräftigen Bebauungsplan dahingehend abzuändern, dass die Straßenfluchtlinie an die neue Grundstücks- und Widmungsgrenze angepasst werden soll. Die Änderung im Bebauungsplan wird gemäß § 34 (1) NÖ ROG 2014 mit einer Anpassung an das geänderte Raumordnungsprogramm begründet.

Im Zuge der gegenständlichen Änderung soll nun die Straßenfluchtlinie der Grundstücke Nr.1250 und 1251 an die geänderte Widmungsgrenze bzw. Grundstücksgrenze angepasst werden. Die neue Straßenfluchtlinie verläuft entlang der bisherigen vorderen Baufluchtlinie und wird somit mit dieser zusammengelegt.

Im Bereich der gegenständlichen Parzellen findet der Übergang von Anbaupflicht und Anbaumöglichkeit entsprechend den jeweils angrenzenden Bebauungsstrukturen und entsprechenden Bebauungsbestimmungen statt. Somit wird die Anbauverpflichtung auf die Parzelle 1250 ausgedehnt, auf der Parzelle 1251 wird eine Anbaumöglichkeit entsprechend den westlich bestehenden Festlegungen eingetragen.

Aus raumordnungsfachlicher Sicht sind keine negativen Auswirkungen auf das Orts- oder Landschaftsbild erkennbar.

Änderungspunkt 4: Änderung der Straßenfluchtlinie und der Baufluchtlinie auf der Parz.Nr.552/44

Die Parzelle Nr.552/44 ist mit einem Einfamilienhaus bebaut, wobei das Hauptgebäude von der Straßenfluchtlinie bis zu ca. 12 m abgerückt und die Garage im Süden der Parzelle bis an die vordere Baufluchtlinie gem. DKM heranreicht. Im ggst. Areal verlaufen die Straßenfluchtlinien gegenwärtig entlang der Grundstücksgrenze gem. DKM (2019) bzw. entlang der Widmungsgrenze. Gemäß Teilungsplan vom Zivilgeometer DI Frosch wurden die Grundstücksgrenzen kleinräumig gegenüber dem DKM Stand 2019 geändert und die Parz. Nr.552/44 um 28m² erweitert.

Im Zuge der gegenständlichen Änderung soll nun die vordere Baufluchtlinie zweckmäßig an die geänderte Straßenfluchtlinie angepasst werden.

Es sind keine negativen Auswirkungen auf das Orts- oder Landschaftsbild erkennbar, auf Grund der bestehenden Bebauungsstrukturen sind keine Änderungen der Bestandssituation zu erwarten.

Änderungspunkt 5: Änderung der Straßenfluchtlinie auf den Parz.Nr.156/18, 156/19 und 156/20

Im Zuge der gegenständlichen Änderung soll nun die Straßenfluchtlinie der Grundstücke Nr.156/18, 156/19 und 156/20 an die geänderten Grundstücks- bzw. Widmungsgrenzen angepasst werden. Die Anbaupflicht an der südlichen und westlichen Straßenfluchtlinie (Owesnystraße und Bahnstraße) wird beibehalten.

Aus raumordnungsfachlicher Sicht sind keine negativen Auswirkungen auf das Orts- oder Landschaftsbild erkennbar.

Änderungspunkt 6: Festlegung des Straßenniveaus sowie Anpassung der Straßenfluchtlinie und der Baufluchtlinie im Bereich der vormaligen BW-A1, Parz.1759, 1219/29 bzw. 1219/25 und 1219/28

Gemäß § 30 (1) NÖ ROG 2014 ist entlang des Baulands das Straßenniveau in der Straßenfluchtlinie von neuen Verkehrsflächen festzulegen. Gegenwärtig liegt eine überarbeitete verkehrstechnische Planung zur Erschießung der vormaligen BW-A1 vor. Gleichzeitig ist im Bereich Weingartenweg eine Verbeitung der Vö-Widmung vorgesehen. Im Rahmen der ggst. Änderung wird nun das Straßenniveau für die Verkehrsflächen der Parz.Nr.1759 und 1219/29 im Bebauungsplan eingetragen.

Im Zuge der Ergänzung des Straßenniveaus im Bebauungsplan erfolgt auch bei dem nach § 32 NÖ ROG 2014 vorgeschriebenen Umkehrplatz insofern eine Anpassung der Straßenfluchtlinie, als dieser im nördlichen Teil verkleinert und im südlichen Teil des Straßenabschnittes im gleichen Ausmaß vergrößert wird. Dies erfolgt aus straßenbautechnischen Gründen unter Berücksichtigung der Hanglage des Geländes. Damit einhergehend sollen auch die Baufluchtlinien im Bereich des Umkehrplatzes an die neuen Straßenfluchtlinien angepasst werden, wobei die Baufeldtiefen unverändert bleiben. Nördlich des Umkehrplatzes soll die vordere Baufluchtlinie weiterhin 3 m von der Straßenfluchtlinie abgerückt und somit von Südwesten weitergeführt werden. Südlich des Umkehrplatzes soll die Baufluchtlinie hingegen bestehen bleiben, der Abstand zur geänderten Straßenfluchtlinie beträgt dabei 1,0 m.

Durch die Festlegungen sind keine Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild erkennbar, vielmehr sollen die Festlegungen eine dem Geländeverlauf folgende Straßenführung und eine harmonische Weiterentwicklung bestehender Siedlungsstrukturen ermöglichen.

Gemäß NÖ Raumordnungsgesetz 2014 wird der Entwurf des Bebauungsplans im Gemeindeamt durch sechs Wochen, vom 7. April 2021 bis 19. Mai 2021, hindurch zur allgemeinen Einsicht aufgelegt. Während der Auflagefrist sind keine schriftlichen Stellungnahmen zum Entwurf der Bebauungsplanänderung eingegangen.

Die beiliegende Verordnung bildet einen wesentlichen Bestandteil des Sitzungsprotokolls.

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge den Entwurf der Änderung des Bebauungsplans Hainburg a.d.Donau mit der Pl.Nr.R-0602/BEB/GES/E5 vom 29. März 2021 in der vorliegenden Art samt beiliegender Verordnung beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

5. Änderung der Durchführungsverordnung zur Marktordnung

Die Stadtgemeinde Hainburg an der Donau beabsichtigt die Durchführungsverordnung zur Marktordnung anzupassen um eine Vereinheitlichung, Klarheit der Tarifgestaltung und die Vereinfachung der Gebührenabrechnung zu ermöglichen. In der Durchführungsverordnung zur Marktordnung finden sich die Tarifstaffelung und die Bestimmung eines Markthelfers wider. Gemäß §§ 16 und 17 des Finanzausgleichsgesetz 2017 (FAG 2017) obliegt es der Gemeinde Gebühren für freiwilliges Feilbieten einzuheben. Diese Gebühren und die Höhe werden in der Durchführungsverordnung zur Marktordnung festgehalten.

Berechnet werden die Marktgebühren (Marktentgelt) anhand der Laufmeter (lfm) eines Standplatzes, wobei die Tarife für den Zeitraum von 01. April bis 31. Oktober und für den Zeitraum von 01. April bis 31. März unterschieden werden.

Bei Standplätzen mit Stromversorgung wird zusätzliche für den Stromanschluss eine Pauschalgebühr für den jeweiligen Zeitraum als Stromentgelt festgesetzt.

Die Tarifstaffelung sieht wie folgt aus:

Marktentgelt			Stromentgelt	
			Normalstrom	Starkstrom
01.04. – 31.10.	0-3 lfm	€ 60,00		
	3-6 lfm	€ 120,00	€ 30,00	€ 60,00
	6-9 lfm	€ 180,00		
01.04. – 31.03.	0-3 lfm	€ 100,00		
	3-6 lfm	€ 200,00	€ 50,00	€ 100,00
	6-9 lfm	€ 300,00		

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge die vorliegende Durchführungsverordnung zur Marktordnung der Stadtgemeinde Hainburg an der Donau beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

6. Befristeter Mietvertrag für das Gästeinformationsbüro

Die Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau plant das Objekt Ungarstraße 3 umzubauen und zu sanieren. Dabei sollen die Räumlichkeiten entsprechend adaptiert und behinderten gerecht ausgestattet werden. Während der Renovierungsarbeiten soll das Gästeinformationsbüro

vorübergehend in das Geschäftslokal 2410 Hainburg a.d.Donau, Hauptplatz 10, Top L3 übersiedeln. Seitens der Steiner&Schiffer-Gebäudeinhabung und Verwaltung, 1020 Wien, Ferdinandstraße 6 wurde ein Mietvertrag für die neuen Räumlichkeiten zur Beschlussfassung durch den Gemeinderat vorgelegt.

Der Mietvertrag sieht eine Nutzfläche von ca. 41,00 m² vor. Der monatliche vereinbarte Mietzins beträgt € 449,01 inklusive Betriebskosten und 20% Umsatzsteuer. Gleichzeitig wird eine Kaution in Höhe von € 1.347,00 fällig.

Vereinbarungsgemäß beträgt die befristete Vertragsdauer 5 Monate (1. Mai 2021 bis 30. September 2021), mit einer verkürzten Kündigungsfrist von zwei Wochen. Sollte bis spätestens 15. September der Mietvertrag seitens der Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau nicht aufgekündigt werden, verlängert sich der Mietvertrag automatisch bis zum 30. April 2024 und geht unter Einhaltung aller Vertragsbestandteile in einen fixen 3-Jahres-Vertrag über.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 28. April 2021 den Abschluss des im Entwurf vorliegenden Mietvertrages mit der Steiner&Schiffer-Gebäudeinhabung und Verwaltung einstimmig empfohlen.

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge den im Entwurf vorliegenden Mietvertrag mit der Steiner&Schiffer-Gebäudeinhabung und Verwaltung in der vorliegenden Form genehmigen. Der Entwurf sieht einen monatlichen Mietzins in Höhe € 449,01 inklusive Betriebskosten und 20% Umsatzsteuer vor. Die Laufzeit des Mietvertrages beträgt 3 Jahre, jedoch mit der Option auf eine vorzeitige Kündigungsfrist per 30. September 2021. Der Entwurf des Mietvertrages bildet einen wesentlichen Bestandteil des Sitzungsprotokolls.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

7. Vereinbarung mit dem Turnverein Hainburg 1883

Der Turnverein Hainburg 1883 ist Eigentümer der Liegenschaft EZ 977, Grundstück Nr. 229, Grünland-Sport, KG Hainburg a.d. Donau im Katasterausmaß von 6.423 m². Dieses Grundstück wird bereits seit dem Jahr 1959 von der Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau gepachtet. Auf dem Grundstück befinden sich neben dem Kabinengebäude und vier Tennisplätzen des Tennisvereins Hainburg, der Beach-Volleyballplatz und Ballspielplatz des Bergbades. Eine Teilfläche dieses Grundstücks im Ausmaß von 2950 m² wurde von der Stadtgemeinde an den Tennisverein Hainburg weiterverpachtet.

Der Obmann des Tennisvereins Hainburg ist an die Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau mit dem Ersuchen um Unterstützung bei der geplanten Sanierung des Clubgebäudes und der Tennisanlage, aus Mitteln des Kommunalen Investitionsprogramms 2020, herangetreten. Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieser Mittel ist, dass sich die Sportanlage im Eigentum der Gemeinde befindet.

Nach Rücksprache mit dem Turnverein Hainburg 1883 hat sich dieser bereit erklärt, die Liegenschaft EZ 977, Grundstück Nr. 229, der Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau zu schenken. Die Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau ist verpflichtet, das Grundstück weiterhin ausschließlich für Sportzwecke zu verwenden bzw. für Sportzwecke zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren verpflichtet sich die Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau dem Turnverein Hainburg 1883, in Anerkennung der Leistungen im Bereich des Sport- und Gesundheitswesens, eine

monatliche Förderung in Höhe von € 430,00, wertgesichert mit Stichtag 1. Juli 2021, auf Dauer des Bestehens des Vereins, zukommen zu lassen.

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge mit Wirksamkeit vom 1. Juli 2021 den im Entwurf vorliegenden Schenkungsvertrag und die im Entwurf vorliegende Vereinbarung mit dem Turnverein Hainburg 1883, betreffend die Liegenschaft EZ 977, Grundstück Nr. 229, KG Hainburg a.d. Donau, im Ausmaß von 6423 m² beschließen. Der Schenkungsvertrag und die Vereinbarung bilden einen wesentlichen Bestandteil des Sitzungsprotokolls.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

8. Darlehensoptimierung mit der Kommunal-BeratungsgmbH

In der Sitzung des Stadtrates vom 9. September 2020 wurde die Kommunal-BeratungsgmbH mit der Überprüfung der u.a. Gemeindedarlehen beauftragt.

A) Neubau Sonderschule	Kto.Nr.14-03.140.001	RAIBA
B) Ausfinanzierung Sonderschule	Kto.Nr.15-03.140.001	RAIBA
C) Rathaus	Kto.Nr.16-03.140.001	RAIBA
D) Digitaler Leitungskataster	Kto.Nr.11-03.140.001	RAIBA
E) Zu- und Umbau Volksschule	Kto.Nr. 216 116 709/09	SPK HBG
F) WVA BA 14	Kto.Nr. 216 116 709/08	SPK HBG
G) Hochbehälter WVA BA 12	Kto.Nr. 216 116 709/22	SPK HBG
H) ABA BA 11+WVA BA 13	Kto.Nr. 216 116 709/06	SPK HBG

Die BAWAG PSK bietet für die Darlehen A und B einen Fixzinssatz von 0,16 % p.a. (bisher Fixzinssatz von 1,25%).

Bei den Darlehen C und D lautet das Angebot der BAWAG PSK variable Verzinsung auf Basis 6-Monats-Euribor zzgl. Aufschlag von 0,25%. Von der Raiffeisenbank Bruck-Carnuntum wurden für das Darlehen C eine variable Verzinsung auf Basis 6-Monats-Euribor zzgl. Aufschlag von 0,45% und für das Darlehen D ein Fixzinssatz von 0,75% angeboten. Bisher kam bei Darlehen C eine variable Verzinsung auf Basis 6-Monats-Euribor zzgl. Aufschlag von 0,59% und bei Darlehen D eine variable Verzinsung auf Basis 6-Monats-Euribor zzgl. Aufschlag von 0,95% zur Verrechnung.

Die Darlehen C und D sollen weiterhin in Betracht der geringen Zinsersparnis, der Restlaufzeit sowie der heimischen Geschäftsbeziehung weiterhin bei der Raiffeisenbank Bruck-Carnuntum ausfinanziert werden.

Eine Umschuldung des Darlehens E zur BAWAG PSK ergibt eine Reduktion des variablen Zinssatzes auf Basis 6-Monats-Euribor zzgl. Aufschlag von 0,25% (bisher 6-Monats-Euribor zzgl. Aufschlag von 0,75%). Auch bei dem Darlehens F ergibt sich eine Reduktion des variablen Zinssatzes auf Basis 6-Monats-Euribor zzgl. Aufschlag von 0,25% (bisher 6-Monats-Euribor zzgl. Aufschlag von 0,85%).

Bei der durchgeführten Darlehensneuausschreibung hat die BAWAG PSK für die Darlehen A, B, E und F die kostengünstigsten Angebote abgegeben, wodurch sich eine Einsparung bis zum Ende der Laufzeiten in der Höhe von € 267.300,00 ergibt.

Bei den Darlehen G und H ergibt sich durch einen angebotenen Fixzinssatz von 0,60 % p.a. der Sparkasse Hainburg-Bruck-Neusiedl eine Ersparnis in Höhe von € 11.400,00.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 28. Mai 2021 einstimmig die Umschuldung und Kündigung der Darlehen A, B, E und F, die Annahme des variablen Zinsangebotes auf Basis 6-Monats-Euribor für das Darlehen C und die Annahme des Fixzinsangebotes für das Darlehen D bei der Raiffeisenbank Bruck-Carnuntum sowie die Annahme des Fixzinsangebotes für die Darlehen G und H bei der Sparkasse Hainburg-Bruck-Neusiedl empfohlen.

Nach der Stadtrat-Sitzung am 2. Juni 2021 hat STR Markus Madle ein weiteres Gespräch mit der Raiffeisenbank Bruck Carnuntum geführt. Im Zuge dieses Gespräches wurde mitgeteilt, dass eine Umschuldung mit den angebotenen Bedingungen nur als Gesamtpaket möglich ist. Die Darlehen C und D müssten somit auch aufgekündigt werden. Somit ergibt sich eine weitere Ersparnis von € 5.600,00, bei beiden Darlehen kommt ein variabler Zinssatz auf Basis 6-Monats-Euribor zzgl. 0,25% zur Verrechnung. Von Bürgermeister Helmut Schmid wird der Antrag gestellt, die Umschuldung der Darlehen C und D bei der BAWAG-PSK zu beschließen.

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge die Umschuldung und Kündigung der Darlehen A, B, E und F, die Annahme des variablen Zinsangebotes auf Basis 6-Monats-Euribor für das Darlehen C und die Annahme des Fixzinsangebotes für das Darlehen D bei der Raiffeisenbank Bruck-Carnuntum sowie die Annahme des Fixzinsangebotes für die Darlehen G und H bei der Sparkasse Hainburg-Bruck-Neusiedl beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird abgelehnt

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Antrag des Bürgermeisters

Der Gemeinderat möge die Kündigung der Darlehen A bis D bei der Raiffeisenbank Bruck Carnuntum sowie der Darlehen E und F bei der Sparkasse Hainburg-Bruck-Neusiedl und die Umschuldung der Darlehen A bis F zur BAWAG PSK sowie die Annahme des Fixzinsangebotes für die Darlehen G und H bei der Sparkasse Hainburg-Bruck-Neusiedl beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

9. Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlagen am Bauhof, Kindergarten Burgenlandstraße und Musikschule Hainburg

Der Vertragspartner EVN Energievertriebs GmbH & Co KG (in Folge kurz „EVN“ genannt) hat nach Begutachtung diverser gemeindeeigener Standorte folgende Objekte für die Errichtung und den Betrieb von Photovoltaik-Anlagen empfohlen:

- Bauhof Hainburg, Dorrekstraße 4
- Kindergarten Burgenlandstraße, Burgenlandstraße 49
- Musikschule Hainburg, Donaulände 34

Für die jeweiligen Standorte wurden seitens der EVN Verträge über die Errichtung und den Betrieb einer PV-Anlage und die Lieferung von Photovoltaikstrom ausgearbeitet. Die Errichtung und der Betrieb der Anlagen wird seitens EVN durchgeführt. Ein Eigentumsübergang der PV-Anlagen nach 20 Jahren ist Vertragsbestandteil, wobei innerhalb der Vertragslaufzeit auf Kosten

der EVN der Wechselrichter erneuert wird. Ebenso ist die EVN verpflichtet, den Betrieb der Anlage für 20 Jahre zu garantieren bzw. zu warten.

Die Projekte wurden so konzipiert, dass ca. 80% der erzeugten elektrischen Energie als Eigenverbrauch konsumiert werden kann. Für diesen Teil entfallen die Energie- und auch die Netzkosten. Für die Stadtgemeinde Hainburg werden sich dadurch voraussichtliche Einsparungen (gem. Simulation der EVN) am Standort Bauhof von rund 20%, am Standort Kindergarten Burgenlandstraße von rund 17% und am Standort der Musikschule Hainburg von rund 14%, in Abhängigkeit der Sonnenstunden, bei den laufenden jährlichen Stromkosten ergeben.

Von der PV-Anlage produzierte elektrische Energie wird generell zu Kosten von 9,2203 Cent/kWh verrechnet. Überschüssige Energie, sprich produzierte aber nicht selbst verbrauchte Energie (ca. 20% der Produktion), wird ins öffentliche Netz zum Preis von etwa 5,5 Cent/kWh (Überschussvergütung) eingespeist. Für die ins öffentliche Netz eingespeiste Energie sind ebenfalls 9,2203 Cent/kWh als Produktionskosten zu entrichten, dementsprechend ist eine größer dimensionierte Anlage wirtschaftlich nicht sinnvoll. Der Verkauf dieser überschüssigen Energie erfolgt in der Regel an den bestehenden Energielieferanten, im gegebenen Fall bietet die EVN dafür etwa 5,5 Cent/kWh bis zur Bezugsmenge. Darüber hinaus kommt der Marktpreis zur Verrechnung. Ergänzend fallen für die AC-Installation und die Herstellung auf den Stand der Technik (Verlegung von AC-Leitungen inkl. Erdung vom WR bzw. NÖSI-Verteiler zum Zählerkasten, Rote Zählersteckleiste (Netz NÖ) und Zählerbrett (Netz NÖ), Überspannungsableiter (AC-seitig; blitzstromfähig)) am Standort der Musikschule Hainburg Kosten in der Höhe von € 1.155,00 inkl. 20% USt, am Standort Kindergarten Burgenlandstraße € 528,00 inkl. 20% an, welche mittels einer Zusatzvereinbarung mit der EVN vertraglich beschlossen werden. Für den Standort Bauhof wird eine Kostenschätzung von einem lokalen Elektrounternehmen erhoben. Als Kundenbeitrag ist für die Errichtung und Ausgestaltung der PV-Anlage ein einmaliger Baukostenzuschuss zu entrichten. Für den Standort Musikschule beläuft sich dieser auf € 5.692,90 inkl. 20% USt, am Standort Kindergarten Burgenlandstraße auf € 3.891,60 inkl. 20% USt und am Standort Bauhof auf € 5.000,00 inkl. 20% USt. Der Ersatz dieser Baukostenzuschüsse wird von der Gemeinde über Bedarfszuweisungen des Landes NÖ bzw. über den NÖ Schul- und Kindergartenfonds in gleicher Höhe beantragt.

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge den Abschluss der Verträge über die Errichtung und den Betrieb einer PV-Anlage und die Lieferung von Photovoltaikstrom sowie die angebotenen Zusatzleistungen im Zuge der Errichtung einer EVN-PV-Anlage für die Standorte Bauhof Hainburg, Musikschule Hainburg, Kindergarten Burgenlandstraße an die EVN Energievertrieb GmbH & Co KG beschließen. Die jeweiligen Verträge bilden einen wesentlichen Bestandteil des Sitzungsprotokolls.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

GR Sabrina Windisch verlässt vor TOP I/10 wegen Befangenheit den Saal

10. Unterhaltsreinigung in der Volksschule, im Kindercampus und in den Kindergärten

Die Objekte Volksschule, Kindercampus, Kindergarten Burgenlandstraße, Kindergarten

Landstraße und Kindergarten Alte Poststraße werden durch die Firma ISS Ground Services GmbH, 1300 Wien-Flughafen an gesetzlichen Schultagen täglich (bzw. nach Bedarf im Sommer als Sonderreinigung) laut Vertrag gereinigt.

Ab dem Schuljahr 2021/2022 sollen die täglichen Reinigungsleistungen bzw. die jährliche Grundreinigung im Sommer neu vergeben werden.

Folgenden Firmen wurden am 11.05.2021 zur Angebotslegung eingeladen:

- PKN Wenak Gebäudereinigungs GmbH, 2410 Hainburg a.d.Donau
- ISS Ground Services GmbH, 1300 Wien-Flughafen
- Felber Reinigung GmbH, 2401 Fischamend
- RGS Reinigung + Gartenservice, 2460 Bruck an der Leitha

Die Firmen PKN und ISS haben bis zum 25. Mai 2021 basierend auf die Ausschreibungsunterlagen ein Angebot per Email eingebracht.

Die Firma Felber hat kein Angebot gelegt und die Firma RGS hat zu wenig Mitarbeiter und deswegen abgesagt.

Die eingegangenen Angebote sowie ein Preisspiegel befinden sich im Anhang.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 28.05.2021 die Beauftragung der Firma ISS Ground Services GmbH mit den Reinigungsleistungen einstimmig empfohlen.

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge die Beauftragung der Firma ISS Ground Services GmbH mit den Reinigungsleistungen in den Objekten Volksschule, Kindercampus, Kindergarten Burgenlandstraße, Kindergarten Landstraße und Kindergarten Alte Poststraße zu den angebotenen Konditionen genehmigen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

GR Sabrina Windisch kommt nach TOP I/10 wieder in den Saal zurück

11. Neufestsetzung des Teegeldbeitrages für die Landeskindergärten und den Gemeindehort sowie des Betreuungsbeitrages für den Notbetrieb während der Herbstferien und an schulautonomen Tagen im Gemeindehort

Der Teegeldbeitrag in den NÖ Landeskindergärten und in dem Gemeindehort beträgt seit 1. September 2006 unverändert € 16,50 pro Jahr.

In der Zeit von September 2006 (101,7) bis März 2021 (133,7) ist der Verbraucherpreisindex 2005 um 31,46 % gestiegen. Der Betreuungsbeitrag inkl. Mittagessen beträgt seit 1. Februar 2017 in den Herbstferien und an schulautonomen Tagen € 6,50 pro Tag. In Anbetracht gestiegener Kosten der Personal-bereitstellung und einer geplanten Menüpreiserhöhung auf € 3,61 ab 1. September 2021 soll der derzeitige Tarif angepasst werden.

Seitens der Finanzabteilung wird vorgeschlagen, den Teegeldbeitrag für die NÖ Landeskindergärten mit Wirksamkeit vom 01. September 2021 von derzeit monatlich € 1,65 auf monatlich € 2,00 zu erhöhen, wobei jedoch die Einhebung auf die Monate September bis Juni beschränkt bleibt. Diese Anpassung entspricht einer Erhöhung von ca. 21,21%, mit ca. 10%-Punkten deutlich unter dem Verbraucherpreisindex 2005. Gleichzeitig soll der Betreuungsbeitrag

pro Tag für den Notbetrieb im Hort auf € 10,00 erhöht werden. Auf Vorschlag des Vorsitzenden STR Gerhard Gumprecht sollen die ab 1. September 2021 neu festgesetzten Tarife wertgesichert werden. Als Maß zur Berechnung der Wertbeständigkeit gilt der vom Österreichischen Statistischen Zentralamt monatlich verlaubliche Verbraucherpreisindex 2020 (2020 = 100) oder ein an seine Stelle tretender Index. Schwankungen der Indexzahl nach oben oder unten bis einschließlich 5 % bleiben unberücksichtigt. Der Bildungsausschuss hat in seiner Sitzung am 24. Mai 2021 einstimmig die Anpassung des jährlichen Teegeldbeitrages um € 3,50 auf € 20,00 sowie des Tagessatzes des Betreuungsbeitrages für den Notbetrieb im Hort um € 3,50 auf € 10,00 empfohlen. Die Beiträge sollen einer automatischen Wertsicherung unterliegen. Ausgangspunkt für die Wertsicherung ist der VPI 2020 – Indexzahl 101,80/Monat April 2021 - Indexschwankungen bis einschließlich 5 % nach oben oder unten bleiben unberücksichtigt.

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge die Anpassung des jährlichen Teegeldbeitrages um € 3,50 auf € 20,00 sowie des Tagessatzes des Betreuungsbeitrages für den Notbetrieb im Hort um € 3,50 auf € 10,00 verbunden mit einer automatischen Wertsicherung laut VPI 2020 Monat April 2021, wobei Indexschwankungen bis einschließlich 5 % nach oben oder unten unberücksichtigt bleiben, beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

12. Verleihung einer Goldenen Ehrennadel

Die Hainburger Haydngesellschaft besteht seit 40 Jahren und feierte am 29.05.2021 im Schloss Petronell ihr Jubiläum mit dem Stargeiger Benjamin Schmid und dem Salzburger Orchester. Frau Mag. Beate Linke-Fischer leitet seit 10 Jahren als Nachfolgerin ihres Vaters die Hainburger Haydngesellschaft. In den letzten 10 Jahren brachte sie viele international renommierte Solisten und weltbekannte Ensembles sowie hochkarätige Künstler aus Österreich nach Hainburg. Frau Mag. Beate Linke-Fischer organisiert sowohl die musikalischen als auch organisatorischen und finanziellen Belange der Konzerte und arbeitet ehrenamtlich für die Haydngesellschaft. Anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Hainburger Haydngesellschaft soll dieses große Engagement im Sinne der Kultur unserer Stadt mit der Goldenen Ehrennadel ausgezeichnet werden.

Antrag des Stadtrates:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Hainburger Haydngesellschaft die „Goldene Ehrennadel der Stadtgemeinde Hainburg a.d. Donau“ an Frau Mag. Beate Linke-Fischer verliehen wird.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

13. Abgesetzt

14. Abgesetzt

g. u. g.

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

.....

.....

Die Richtigkeit des vorstehenden Protokolls bestätigen namens der im
Gemeinderat vertretenen Fraktionen:

.....

.....

.....